

Der VBGR fordert lineare Gehaltserhöhungen für alle Bundesbeamten

Der VBGR fordert angesichts der seit dem Jahr 2003 eingetretenen Verschlechterungen bei der Besoldung der Beamten, die ein seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht haben, eine deutliche lineare Gehaltssteigerung. Der VBGR wird sich über den dbb beamtenbund und tarifunion gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament hierfür einsetzen.

Der Vorstand des VBGR hat sich mit der allgemeinen Beamtenbesoldung im DPMA auseinandergesetzt, mit dem Ergebnis, dass die Stundenlöhne (Brutto) im Jahr 2007 niedriger liegen als im Jahr 2000 und dass in allen Bereichen im Vergleich zur Industrie keine konkurrenzfähigen Gehälter mehr bezahlt werden. Die realen Löhne, bei denen die Inflationsrate berücksichtigt ist, sind seit dem Jahr 2000 um 15,5% gesunken. Dies bedeutet, dass die Kaufkraft der Einkommen der Kollegen um genau diesen Betrag abgenommen hat.

Während die Bruttojahreseinkommen der Beamten durch die Kürzung der Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) seit dem Jahr 2004 nur leicht abgenommen haben, hat sich der Brutto-Stundenlohn der Bundesbeamten durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit im Oktober 2004 auf 40 Std. und im April 2006 auf 41 Std. jedoch deutlich reduziert:

Geschäftsstelle München

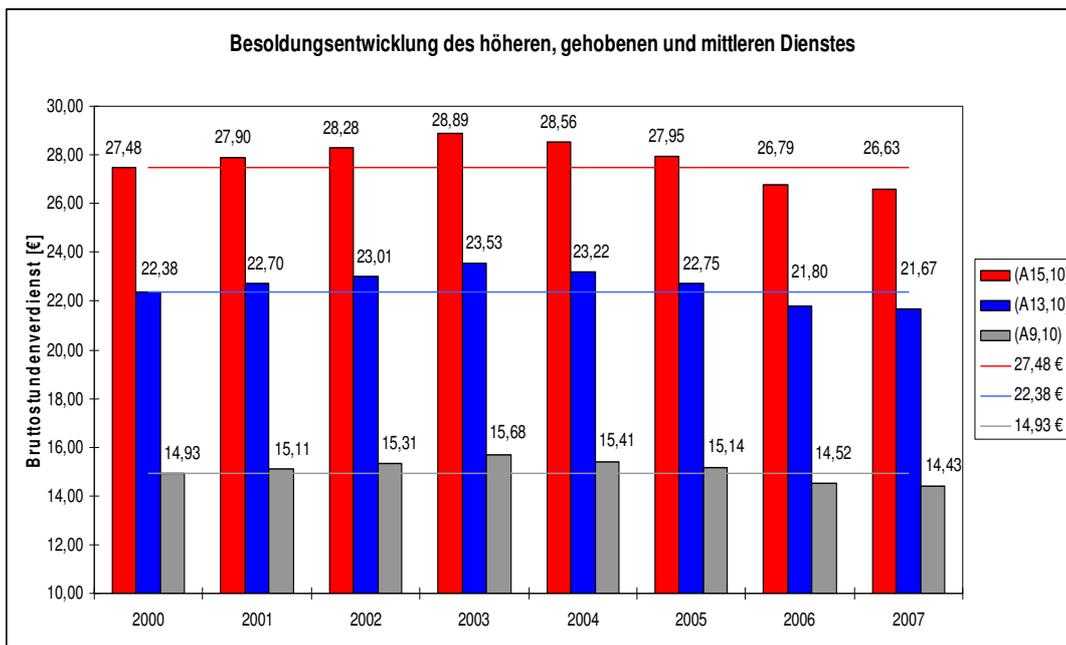
Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Dr. Volker Jörgens
Telefon 089.2195-2712
Friedrich Meierhuber
Telefon 089.2195-3161

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 10.10.2007

05/07

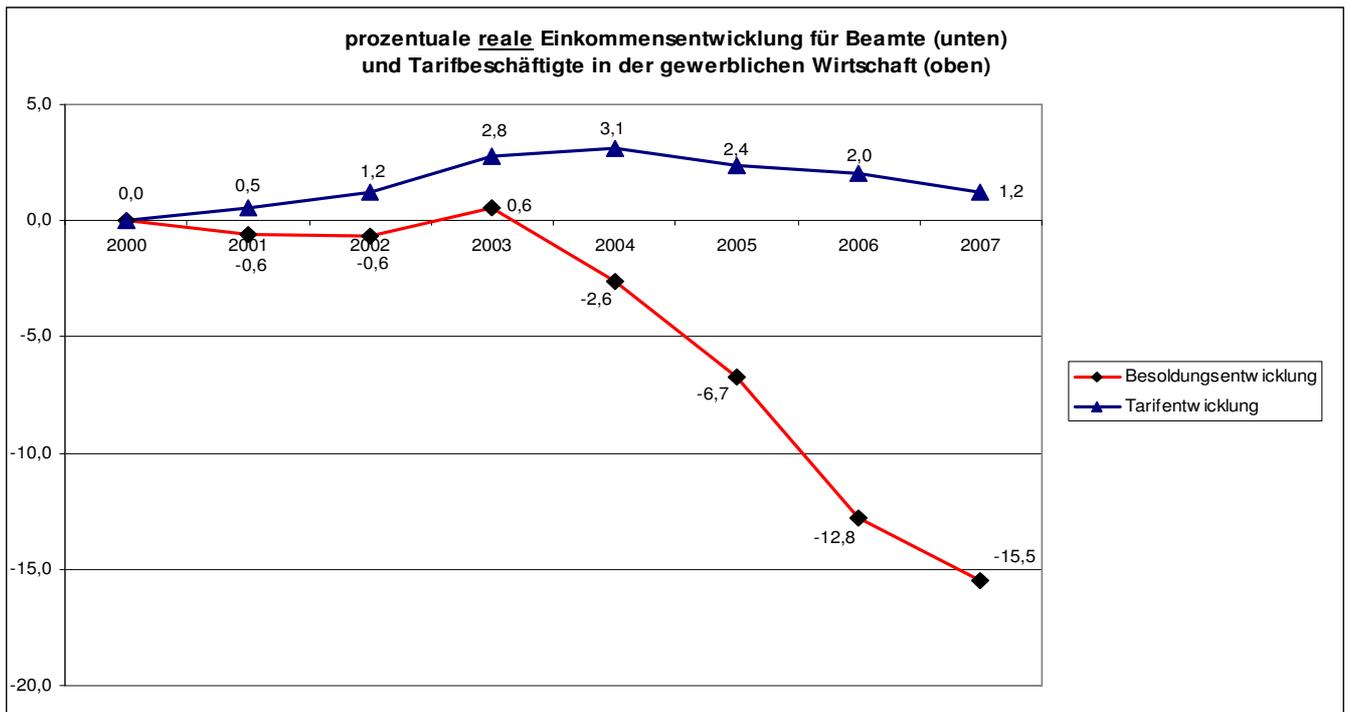


Die Grafik beinhaltet den Bruttostundenverdienst (Bruttojahresverdienst dividiert durch die Anzahl der Wochen (52) und die jeweilig gültige Wochenstundenzahl (38,5 bis 41 Std.)) eines Beamten des mittleren (A9, Stufe 10), des gehobenen (A13, Stufe 10) und des höheren Dienstes (A15, Stufe 10) über die letzten 7 Jahre.

Es zeigt sich, dass ein Beamter im Jahre 2007 weniger Geld als im Jahr 2000 pro Arbeitsstunde erhält und zwar durchschnittlich 3,2 Prozent (durch die Einmalzahlungen ergeben sich hierbei geringfügige Schwankungen). Werden außerdem die Preissteigerungsraten (Inflation) der Jahre 2001 bis 2007 (insgesamt: 12,3 Prozent) berücksichtigt, so erhält man einen realen Einkommensverlust von 15,5 Prozent seit dem Jahr 2000, wie die folgende Grafik gut illustriert.

aktuelle

Informationsdienst des VBGR



Demgegenüber zeigt die durchschnittliche Entwicklung des Tarifgehalts (Quelle: Statistisches Bundesamt) in der gewerblichen Wirtschaft einen Anstieg der Bruttogehälter seit dem Jahr 2000 um 13,5 Prozent und unter Berücksichtigung der Inflation einen leichten Anstieg von 1,2 Prozent.

Neben den Verschlechterungen des Bruttostundenlohns mussten die Beamten in den Jahren 2000 bis 2007 weitere Lasten schultern:

1. Die Leistungen der Beihilfe wurden in den letzten Jahren reduziert. Die beabsichtigten Änderungen der Beihilfevorschriften wird den Kreis der Personen reduzieren, die einen Anspruch auf Beihilfe haben, weil die Hinzuverdienstgrenze für die Beihilfeberechtigung von Ehepartnern von bisher 18.000,- Euro auf 10.000,- Euro abgesenkt werden soll (der VBGR hat seine Mitglieder hierüber informiert).
2. Die Höhe der Beamtenpensionen wurde reduziert (Verschiebung des Pensionsalters, Nichtberücksichtigung von Studienzeiten)
3. Von der Absenkung der Beiträge zu den Sozialversicherungen profitierten die Beamten nicht, während sie die zur Gegenfinanzierung beschlossene Mehrbelastung durch diverse Steuererhöhungen tragen mussten (Mehrwertsteuer, Ökosteuer, Versicherungssteuer, Besteuerung der privaten Altersvorsorge).

Die Entwicklung der Beamtenbesoldung während der letzten Jahre ist deshalb als sehr schlecht zu bezeichnen und der Motivation der Beamten sicher nicht zuträglich. Insbesondere im einfachen und mittleren Dienst ist die Situation angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in München untragbar. Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht selbstverständlich, dass von den Beschäftigten des DPMA weiterhin, wie von der Amtsleitung jährlich bestätigt, gute Arbeit geleistet wird. Diese gute Arbeitsleistung ist jedoch in Zukunft gefährdet, wenn nicht letztere endlich durch spürbare Gehaltsverbesserungen und eine Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung honoriert wird.

Der VBGR hat sich bereits gegenüber der Amtsleitung und dem Ministerium für eine Verbesserungen der Einkommenssituation eingesetzt. Darüber hinaus wird der VBGR gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament auf eine schnelle Verbesserung der Einkommensverhältnisse drängen. Der VBGR ist als Fachgewerkschaft Mitglied im dbb und hat über seine Gremien auf Bundesebene Einfluss auf die politische Willensbildung. Da der dbb bei allen Gesetzesänderungen angehört wird, kann er berechtigten Anliegen Gehör verschaffen. Auf dem Gewerkschaftstag des dbb Beamtenbund und Tarifunion (26. und 27.11.2007 in Berlin) wird sich der VBGR für eine Verbesserung der Einkommen im öffentlichen Dienst allgemein und im DPMA im Besonderen einsetzen.

Der VBGR beteiligt sich über seine Mitgliedschaft im dbb Beamtenbund und Tarifunion an der kommenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Hier wird erstmals der dbb zusammen mit VERDI mit der Bundesregierung verhandeln und sich für eine bessere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite: <http://www.vbgr.de>.